

Zentrale Erkenntnisse zur Lage am dualen Ausbildungsmarkt in Hessen

Wolfgang Schroeder/Alexander Berzel/Anna Pagel



Das System der dualen Berufsausbildung in Deutschland gilt weltweit als Erfolgsmodell und trägt dazu bei, dass die Bundesrepublik eine der niedrigsten (Jugend-)Arbeitslosenquoten unter den OECD-Ländern vorweisen kann. In den vergangenen Jahren entstanden die Probleme am Ausbildungsmarkt insbesondere durch zunehmende Passungsprobleme zwischen dem Ausbildungsangebot der Betriebe und den nachfragenden Jugendlichen. Im Zuge der Coronapandemie gehört der Ausbildungsmarkt zu den am stärksten betroffenen Arbeitsmarktsegmenten. Im Folgenden werden die zentralen Erkenntnisse aus dem Policy Paper „Dualer Ausbildungsmarkt in der Corona-Pandemie und benachteiligte Gruppen“ (Online: <https://www.uni-kassel.de/fb05/i3>) vorgestellt.

5 zentrale Erkenntnisse

1. Der **Ausbildungsmarkt** befindet sich in einer **kritischen Lage**. **Erstens** weil **Unternehmen** aufgrund der pandemischen **Unsicherheitssituation weniger Ausbildungsstellen** anbieten. **Zweitens** weil **ausbildungsinteressierte Jugendliche** wegen dieser Unsicherheiten ebenfalls zögern und **Alternativwege wählen**. **Drittens** sind insbesondere **benachteiligte Gruppen** davon betroffen, weil die Ausbildungsplätze, die von ihnen belegt werden, am häufigsten der Streichung zum Opfer fallen. So steht insgesamt **viel auf dem Spiel**.
2. **Im Ausbildungsjahr 2020 lag** die Zahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge mit **467.484** erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik unter 500.000. Das sind 11 Prozent weniger Verträge im Vergleich zum Vorjahr. Den stärksten Rückgang verzeichnen Unternehmen im **Hotel- und Gaststättenbereich, Verkehr und der Lagerei**. Nicht nur die Zahlen der Ausbildungsinteressierten und Ausbildungsverträge sind stark zurückgegangen, sondern gleichzeitig hat sich auch der **Anteil unbesetzter Ausbildungsstellen um 13 Prozent erhöht**. Dies geht auf die **steigenden Passungsprobleme** zurück.

3. Die Chancen **benachteiligter Jugendlicher** werden durch die Pandemie zusätzlich erschwert. Für diese Ausbildungsinteressierten ist die begleitende schulische Berufsvorbereitung, das **persönliche Kennenlernen** mit den Betrieben (Praktika oder Berufsmessen) entscheidend für ihren Weg in die Arbeitswelt. Denn gerade durch diese direkten, persönlich adressierten Maßnahmen werden die sogenannten **Klebeeffekte** gefördert und bestehende Nachteile in der schlechten Ausgangslage abgebaut. Diese Möglichkeiten wurden im Zuge der Eindämmungsmaßnahmen reduziert oder vielfach sogar ganz gestrichen. So hat sich der **Anteil unvermittelter Jugendlicher im Vergleich zu 2019 um 13 Prozent erhöht**.
4. Der **hessische Ausbildungsmarkt ist von dieser Entwicklung besonders betroffen** und findet sich im Vergleich zentraler Indikatoren jeweils im **letzten Drittel beim Länderranking**. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass in Hessen die beiden **Wirtschaftszweige mit dem größten Nachfragerückgang** (Gastgewerbe und Verkehr & Lagererei) überproportional stark vertreten sind.
5. Um einer dramatischen Verschärfung im **Ausbildungsjahr 2021 vorzubeugen**, bedarf es weiterer dringender Maßnahmen. Es bestehen **akute Handlungsbedarfe**, um die Chancen von Jugendlichen zu fördern und einen drohenden Fachkräftemangel in Zukunft zu verhindern. Instrumente, die praktiziert werden und ausgebaut werden müssen, sind: **Ausbildungsanreize** für **Betriebe**, zusätzliche Maßnahmen zur **Berufsorientierung** sowie zur **Assistenz und Begleitung**. Diskutiert wird auch eine **Ausbildungsgarantie** und Prämien für Ausbildungssuchende.

Die duale Ausbildung ist eines der schwierigsten Arbeitsmarktsegmente in der aktuellen Corona-Krise. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Funktionsfähigkeit des Ausbildungssystems maßgeblich mit darüber entscheidet, wie die Zukunftsfähigkeit des Arbeitsmarkts im demographischen Wandel beschaffen ist. Grund für diese Sorge bieten nicht nur die starken Einbrüche bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. Auch die in den vergangenen Arbeitsmarktkrisen (bspw. 2008ff) gesammelte Erfahrung, dass das Ausbildungsniveau nur schwer wieder sein Vorkrisenniveau erreichen kann, erhöht den Druck auf die Politik, durch frühzeitige Interventionen zur perspektivischen Verbesserung der Lage beizutragen.

Tabelle 1: Veränderung (zum Vorjahr in Prozent) auf dem Ausbildungsmarkt in Krisenjahren

Jahr	Reales BIP	Angebotene Ausbildungsplätze	Inst. Erfasste Nachfrage nach Ausbildungsplätzen	Neue Ausbildungsverträge	Unbesetzte Ausbildungsstellen	Unvermittelte Bewerber*innen	Schulabgänger *innen aus allgemeinbildenden Schulen
1975	-1,0	-7,0	5,2	2,6	-45,5	46,5	-1,8
1982	-0,4	1,4	7,3	4,3	-46,5	54,9	3,2
1993	-1,0	-9,1	-3,1	-4,2	-32,3	26,9	3,0
2002	-0,2	-7,6	-5,0	-6,8	-26,6	15,4	1,0
2003	-0,7	-3,0	0,4	-2,6	-17,6	26,6	1,2
2009	-5,7	-8,5	-8,5	-8,4	-9,5	-8,9	-3,9
2020	-4,9	-8,8	-8,9	-11,0	12,8	6,1	-4,3 (Prognose)

Anmerkungen: Die Spalte 2020 wurde auf Basis der Werte von (Statista 2021) (reales BIP – Prognose), Oeynhausen et al. 2020 (angebotene Ausbildungsplätze, inst. erfasste Nachfrage nach Ausbildungsplätzen, neue Ausbildungsverträge, unbesetzte Ausbildungsstellen, unvermittelte Bewerber*innen) und (Kultusministerkonferenz 2020, 55) (Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen – Prognose) ergänzt.

Quelle: Eigene Erstellung in Anlehnung an Maier 2020, 4.

Tabelle 1 zeigt, dass 2020 deutlich weniger Jugendliche als noch 2019 eine Ausbildung begonnen haben. Mit 467.484 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen wurden insgesamt 57.555 Ausbildungsverträge weniger gezählt als im Vorjahr. Noch nie wurden in einem Ausbildungsjahr so wenige neue Verträge abgeschlossen. Die Entwicklung ist sowohl auf einen Einbruch beim Angebot als auch in der Nachfrage zurückzuführen. So sind wesentlich weniger Jugendliche als noch im Vorjahr an einer Ausbildung interessiert gewesen (-8,9 Prozent). Die Ausbildungsbereitschaft von Betrieben sank ebenfalls um knapp neun Prozent auf 527.400 angebotene Ausbildungsstellen. Gänzlich neu ist, dass sich der Anteil unbesetzter Ausbildungsstellen in einer Situation deutlich rückläufigen Angebots um 13 Prozent erhöht. Die sogenannten Passungsprobleme, die in den vergangenen Jahren auf dem Ausbildungsmarkt deutlich zugenommen haben, verschärfen sich in der Krise. Kombiniert mit den durch die Covid-Krise entstehenden Schwierigkeiten bei Berufsorientierung, Vermittlung oder Praxismöglichkeiten führt dies zu einem Anstieg des Index der Passungsprobleme im Vergleich zum Vorjahr von 116 auf 167,7 Punkte.

Verbleib ausbildungsinteressierter Jugendlicher

Wohin die ausbildungsinteressierten Jugendlichen gegangen sind, die aufgrund der schwierigen Situation frühzeitig einen Alternativweg eingeschlagen haben, dazu liefert eine Analyse der BA eine erste Annäherung:

Abbildung 1: Verbleib der Ausbildungsinteressierten, die nicht in eine Ausbildung münden



Quelle: Eigene Erstellung auf Basis von Bundesagentur für Arbeit 2020, 13.

Die BA kommt darin zu dem Ergebnis, dass von den 52 Prozent der Jugendlichen, die sich zwar für eine Ausbildung interessierten (und sich als solche bei der BA registrierten), aber schließlich nicht in eine Ausbildung münden, 33 Prozent Schule/Praktikum oder Studium präferierten. 4 Prozent mündeten in eine geförderte Qualifizierung im Übergangsbereich, 14 Prozent nahmen eine Arbeit auf, 10 Prozent meldeten sich arbeitslos, 4 Prozent engagierten sich in gemeinnützigen und sozialen Diensten und 12 Prozent blieben als unversorgte Bewerber*innen auf der Suche nach einer Ausbildung. Bei 25 Prozent blieb der Verbleib unbekannt.

Benachteiligte Jugendliche in Krise besonders betroffen

Insbesondere für die ohnehin bereits auf dem Ausbildungsmarkt benachteiligten Jugendlichen ist es durch die Pandemie noch schwerer, einen Ausbildungsplatz zu finden. Jugendliche mit und ohne Hauptschulabschluss, auch Jugendliche mit Migrationshintergrund, haben in der Regel besonders mit eigenschaftsbezogenen Passungsproblemen zu kämpfen. Damit ist gemeint, dass Betriebe Bewerber*innen wegen ihrer Eigenschaften (z. B. schlechtes Schulzeugnis) die Ausbildung nicht zutrauen. Um dem entgegenzuwirken, haben sich insbesondere das persönliche Kennenlernen mit den Betrieben durch beispielsweise Praktika oder Berufsmessen besonders bewährt (Klebeeffekte). Diese Chancen haben sich im Zuge der krisenbedingten Eindämmungsmaßnahmen stark reduziert.

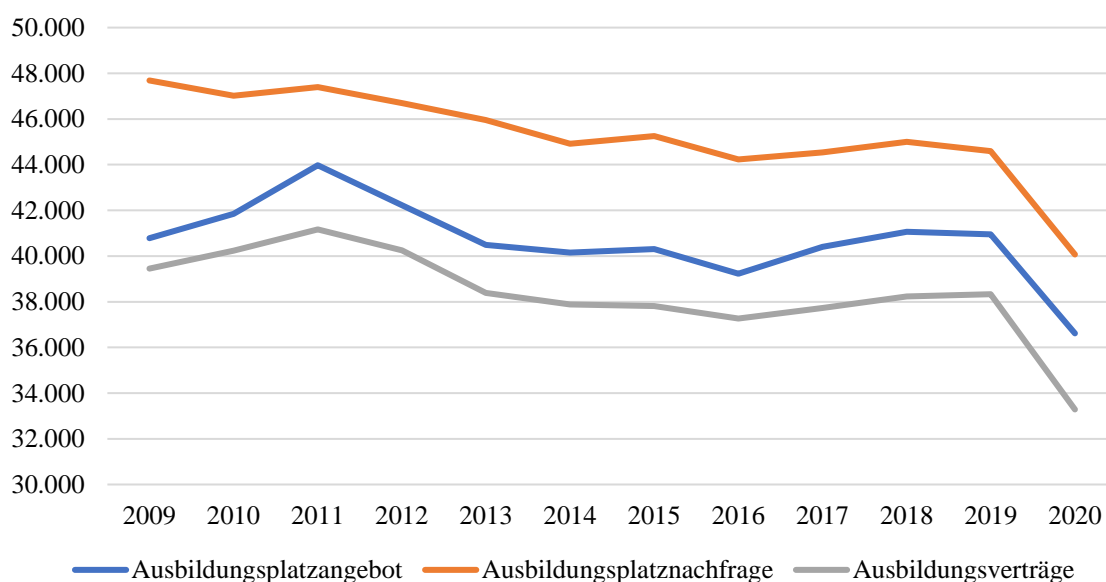
Der hessische Ausbildungsmarkt mit überdurchschnittlichen Einbrüchen

Hessens Arbeitsmarkt zeichnet sich in der Pandemie im Ländervergleich durch die größten Extreme aus (IAB-Forum 2020). Für den Ausbildungsmarkt – bedingt vor allem durch eine spezifische Branchenstruktur – kommt erschwerend hinzu, dass Hessen bei der Ausbildungstätigkeit seiner Betriebe im deutschlandweiten Vergleich ohnehin nicht gut aufgestellt ist. Mit einer Ausbildungsbetriebsquote von

18,6 Prozent (Bundesdurchschnitt: 19,7%) verzeichnet das Bundesland die mit Abstand geringste Quote aller westdeutschen Flächenländer. So nimmt es kaum Wunder, dass das Land bei der Bewerber*innen-Stellen-Relation deutschlandweit das größte Ungleichgewicht in einem Flächenland aufweist. Demnach kommen in Hessen nach Werten der BA auf 114 gemeldete Bewerber*innen 100 Ausbildungsstellen. Diese Ausgangssituation wird noch dadurch erschwert, dass in Hessen die beiden Branchengruppen mit dem größten Nachfragerückgang (Gastgewerbe und Verkehr & Lagerei) überproportional vertreten sind.

Für das Krisenjahr 2020 zeigt sich deshalb wenig überraschend: Der Ausbildungsmarkt findet sich bei der Entwicklung der Zahlen von neu abgeschlossenen Arbeitsverträgen, unbesetzten Stellen und unverstärkten Jugendlichen jeweils im letzten Drittel beim Bundesländerranking.

Abbildung 2: Der hessische Ausbildungsmarkt im Zeitverlauf



Quelle: Eigene Erstellung auf Basis von Oeynhausen u.a. 2020, 54.

In Zahlen bedeutet das: Das Ausbildungsplatzangebot wie auch die Nachfrage sind um 11 Prozent gefallen, 13,2 Prozent weniger neue Verträge zwischen Jugendlichen und Betrieben sind dadurch zustande gekommen (Deutschland: Angebot -8,8 Prozent, Nachfrage -8,9 Prozent, Neuverträge -11 Prozent). Abbildung 2 zeigt deutlich auf, wieso Interventionen in Form von Förderprogrammen so wichtig sind – um eine weitere dynamische Entwicklung nach unten zu verhindern. Mit Blick auf die Verteilung der Passungsprobleme in Hessen kann zudem gesagt werden, dass sich die eigenschaftsbezogene Problematik im Zeitverlauf zwar verringert hat, sie in Hessen aber dennoch im deutschlandweiten Vergleich überproportional vertreten ist (in Abgrenzung von regionalen und berufsfachlichen Passungsproblemen). Aus diesem Grund ist es in Hessen besonders notwendig, ausbildungsvorbereitende sowie praxisorientierte Maßnahmen verstärkt einzusetzen, um so das Vertrauen zwischen Betrieben und Bewerber*innen zu stärken.

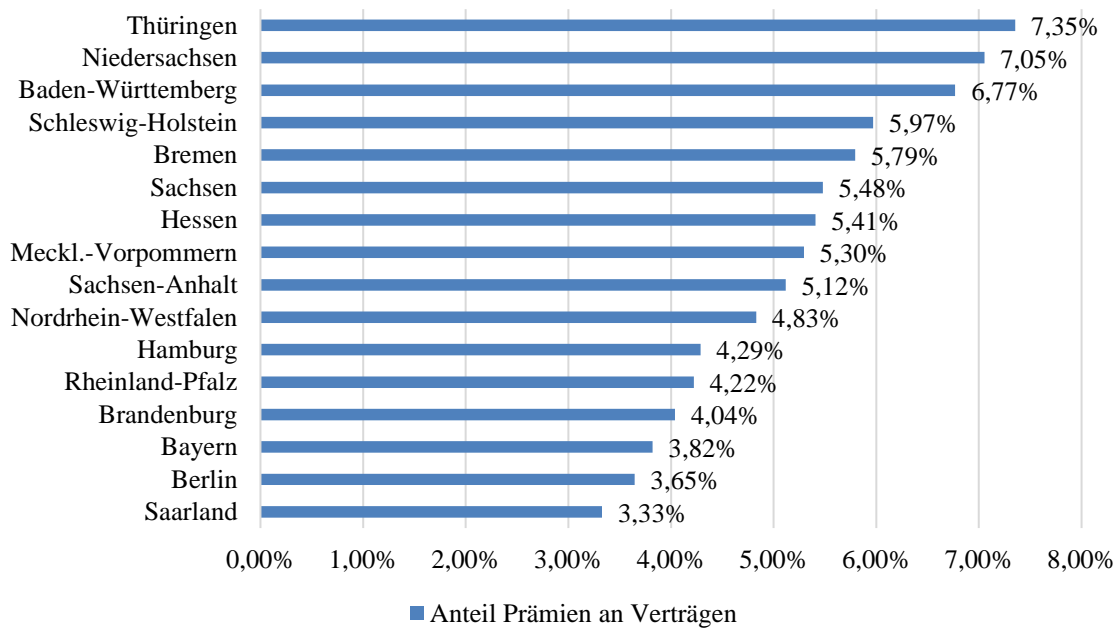
Fokus auf die Angebotsseite im Bund, Hessen mit Programm für unversorgte Jugendliche

Durch ökonomische Krisen werden unmittelbare Effekte in der Ausbildungssituation erzeugt, die sich längerfristig negativ auf den Arbeitsmarkt auswirken können. Insbesondere kann damit der in einzelnen Bereichen und Regionen jetzt schon partiell vorhandene Fachkräftemangel weiter und umfassender verschärft werden. Damit wären dann Wettbewerbs-, Innovations- und Einnahmedefizite verbunden, die es zu verhindern gilt. Deshalb ist es eminent wichtig, dass jetzt die richtigen Gegenmaßnahmen ergriffen werden:

- (1) Krisen führen zu deutlichen quantitativen und qualitativen Friktionen bei der Berufsausbildung.
- (2) Die Verluste schlagen sich als erstes in der Anzahl der abgeschlossenen Verträge nieder. Zudem wird davon aber auch die Ausbildung als voraussetzungsvolles Arrangement betroffen, an dem viele Stakeholder beteiligt sind (Eltern, Schulen, Ausbildungsbetriebe, Arbeitsagenturen, Politik, IHK, Gewerkschaften Arbeitgeberbände etc.). Einmal sich einstellende Lücken im Angebot können in der Folgezeit – so die Erfahrungen – nur mühsam und nur mit einem deutlich höheren Aufwand wieder aufgefüllt werden.
- (3) Covid-19 generiert durch die praxiserschwerenden Eindämmungsmaßnahmen zusätzliche Schwierigkeiten für geringerqualifizierte Jugendliche.

Auf der zentralstaatlichen Ebene hat das BMAS deshalb das Bundesprogramm "Ausbildungsplätze sichern" aufgelegt, welches zum Ziel hat, das Ausbildungsniveau in KMU (bis 249 Mitarbeiter*innen) aufrecht zu erhalten bzw. zu steigern. Von August 2020 bis Februar 2021 haben 23.400 Betriebe einen Antrag auf mindestens eine der vier Prämien gestellt, von denen 14.000 bereits eine Prämie ausgezahlt bekommen haben.

Abbildung 3: Ausgezählte Prämien im Rahmen des Bundesprogramms „Ausbildungsplätze sichern“ als Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Bundesländern (Aug '20-Feb '21)



Quelle: Eigene Erstellung auf Basis von Oeynhausens u.a. 2020, 46 und Bundesagentur für Arbeit 2021, 9.

Insgesamt werden, wie Abbildung 3 zeigt, im Länderschnitt etwa fünf Prozent der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge durch das Bundesprogramm unterstützt.

Korrespondierend mit den oben angesprochenen eigenschaftsbezogenen Passungsproblemen und deren Förderbedarfen aufseiten der Ausbildungsinteressierten hat Hessen den „Schutzschirm für Ausbildungssuchende“ aufgelegt. Dieser richtet sich an benachteiligte junge Ausbildungssuchende und möchte diese durch berufsorientierende oder ausbildungsvorbereitende Maßnahmen unterstützen. Im November 2020 unterstützte der Schutzschirm 35 Projekte in 17 hessischen Gebietskörperschaften. Durch das Bundesprogramm sollen Betriebe motiviert werden, ihre Ausbildungsaktivitäten zu stabilisieren. Deshalb wird aufgrund der bislang eher zurückhaltenden Inanspruchnahme bzw. der bisher zu kleinen Gruppe der Anspruchsberechtigten die Fördersummen für 2021 temporär verdoppelt und die Höchstzahl an Mitarbeitenden von 249 auf 499 erweitert. Ergänzend dazu nehmen die Länder am Beispiel HMSI ihre föderale Komplementärfunktion wahr und konzentrieren ihr Programm auf die individuelle Ebene, indem sie insbesondere die Jugendlichen adressieren und unterstützen, die im Ausbildungsjahr 2020 ohne Ausbildungsvertrag geblieben sind.

2021: Kraftakt, um kumulativ negative Folgen für die Zukunft zu vermeiden

Dass die gezielte und wirkungsorientierte Verbesserung der Fördermaßnahmen dringend nötig ist, zeigen erste Vergleichszahlen und darauf aufbauende Prognosen für das aktuelle Ausbildungsjahr. Es droht ein verschärfter Verdrängungswettbewerb, bei dem gerade die benachteiligten Jugendliche den Kürze-

ren zu ziehen drohen. Erstens stoßen jene Jugendlichen, die im Vorjahr ein zusätzliches Schuljahr absolviert haben, mit einem höheren Zertifikationsniveau hinzu. Zweitens zeigen die gegenwärtig vorliegenden BA-Zahlen, dass das Ausbildungsplatzangebot auch im nächsten Ausbildungsjahr weiterhin stark rückläufig sein könnte. Inwiefern die aufgebauten Förderprojekte diese Entwicklung ausbremsen können, muss sich zeigen. Eins scheint jedoch sicher: Ein Kraftakt ist nötig, der nicht nur darauf zielt, die Maßnahmen bei den Betrieben bekannt(er) zu machen, sondern vor allem die Jugendlichen ins Visier nimmt, Wissen vermittelt, Ansprachen leistet und trotz der notwendigen Eindämmungsmaßnahmen möglichst niedrigschwellig Berufsberatungs- und Praxismöglichkeiten bietet.

ARBEITSWELTBERICHTERSTATTUNG HESSEN

Die "Arbeitsweltberichterstattung Hessen" ist am Fachgebiet von Prof. Dr. Wolfgang Schroeder (Universität Kassel) angesiedelt und wird seit Juli 2020 vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration gefördert. Dieses Projekt systematisiert aktuelle Daten und Studien. So wird eine empirische sowie analytisch-deutende Basis gelegt, um die sich vor unseren Augen vollziehende Transformation der Arbeitswelt in Hessen mit ihren branchen-, berufsgruppen- und regionenspezifischen Entwicklungsmustern nicht nur besser zu verstehen, sondern auch im Sinne der Betroffenen beeinflussen zu können.

Autor*innen



Prof. Dr. Wolfgang Schroeder leitet das Projekt der Arbeitsweltberichterstattung Hessen. Er ist Leiter des Fachgebiets Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel an der Universität Kassel und Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).



Alexander Berzel ist Projektkoordinator der Arbeitsweltberichterstattung Hessen und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel der Universität Kassel.



Anna Pagel ist wissenschaftliche Hilfskraft am Fachgebiet Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel an der Universität Kassel.

Weitere Infos zur Arbeitsweltberichterstattung Hessen und thematische Ausarbeitungen:

<http://www.arbeitswelt.hessen.de/berichterstattung-arbeitswelt-hessen>